

## Bericht aus der ARGE-HPR

Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalratsvorsitzenden des Landes hatte einen Gesprächstermin beim Chef des Staatsministeriums, Herrn Staatssekretär Klaus-Peter Murawski.



Staatssekretär Klaus-Peter Murawski

Hier wurde eine breite Palette von Themen angesprochen. Für alle interessant die Aussage von Herrn Murawski, dass die Beamten, allen voran der Beamtenbund und dessen Vorsitzender daran schuld seien, dass weitere 5000 Stellen und mehr im Land abgebaut werden müssten. Die Beamten hätten eben seinem und dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Folge leisten und in 2013

und 2014 Nullrunden für alle akzeptieren müssen.

Was die Novellierung des LPVG angeht, so war sein größte Sorge, dass eine Erhöhung der Freistellungen Geld kosten könne – als ob es in unserer Verwaltung schon jemals eine zusätzliche Einstellung für einen teilweise freigestellten Personalrat gegeben hätte. Ansonsten hält er wie alle Beteiligten am Zeitplan fest, das neue LPVG solle am 01.01.2014 in Kraft treten.



MdL Nikolaos Sakellariou

Dies wurde auch bei einer Anhörung von Abgeordneten der SPD aus dem In-

enausschuss, zu der MdL Sakellariou Personalräte eingeladen hatte, bekräftigt. Der ARGE-Vorstand nahm an dieser Veranstaltung teil. Zu diesem Zeitpunkt kursierte neben Gerüchten auch ein ganz geheimer Referentenentwurf des neuen LPVG, der wohl nichts oder nicht viel anderes enthielt als die Eckpunkte, die bereits Ende 2012 vorgelegt wurden. Immerhin wurde in dieser Veranstaltung die Hoffnung geweckt, dass doch in der politischen Beratung noch einiges im Sinne der Personalvertretungen und Gewerkschaften nachgebessert werden wird, so wie es bereits bei der Anhörung im Mitte Januar 2013 vorgebracht wurde: Mehr Mitbestimmungstatbestände, bessere Freistellungen, keine impraktikable und rechtsanfällige Geschlechterquote, partnerschaftlicher Umgang von Personalrat und Dienststellenleiter auf Augenhöhe.

Auch mit Herrn Staatssekretär Rust führte der ARGE-Vorstand inzwischen Gespräche; so wurde vereinbart, dass die Vertreter der Hauptpersonalräte im Vorfeld von Lenkungsausschusssitzungen der KHV (Kommission für Haushalts- und Verwaltungsreform), mit Herrn Rust die Sicht der Beschäftigten zu den jeweils anstehenden Themenkomplexen besprechen können. Dies sieht die ARGE als guten Weg, rechtzeitig auch die Praktikerversicht in Einsparüberlegungen einzubringen.

## Fachausschüsse mittlerer und gehobener Dienst im Gespräch mit dem MFW

Am 03.06.2013 war es soweit. Die Fachausschüsse mittlerer und gehobener Dienst unter Leitung der Fachreferenten, Kollege Harry Weber und Kollege Andreas Hey, machten sich auf den Weg in die Landeshauptstadt. Im Gepäck verstaubt waren eine Fülle von Themen, die unbedingt vorgetragen werden sollten. Viele der Themen betrafen sowohl den Bereich des

mittleren, als auch den Bereich des gehobenen Dienstes. Spezielle Themen der einzelnen Fachbereiche kamen dennoch nicht zu kurz.

Begrüßt wurden die Fachausschüsse sowie der Landesvorsitzende Klaus Becht von Abteilungsleiter Norbert Eisenmann

und Frau Saling. Neben dem sich Kennenlernen standen natürlich die Sachthemen und ein allgemeiner Gedankenaustausch im Vordergrund. Ein Motto von Herrn Eisenmann „**Die Menschen bei Entscheidungen mitzunehmen**“, nahmen die DSTG-Vertreter wohlwollend auf. Natürlich möchte die DSTG mit ihren Anliegen gerne auch die Verwaltungsspitze mitnehmen. Dies ist die Grundlage dafür, letztlich die Politik zu interessieren und zu überzeugen.

Zu den DStG-Forderungen nach „**Eingangsamte A 7 im mittleren und A 10 im gehobenen Dienst sowie Spitzenamte A 13 Z für Führungskräfte**“ verwies das MFW ebenso auf die angespannte Haushaltslage, wie hinsichtlich der Themen „**Anpassung der Anzahl der Haushaltsstellen an die vorhandenen Dienstposten**“ sowie „**Anpassung der Prüferzulagen**“.

Dennoch wurde vereinbart, dem MFW nochmals den Vergleich der Besoldung nach A 6 und den Bezügen eines Sozialhilfeempfängers vorzulegen. Das MFW wies weiter darauf hin, dass über die aktuellen Stellenzugänge in den End-Ämtern des mittleren und gehobenen Dienstes das Verhältnis der Haushaltsstellen zu den Dienstposten etwas verbessert werden konnte und sich in naher Zukunft weiter verbessern wird.

Lebhaft diskutiert wurden auch die Themen zur **Dienstpostenbewertung**. Von der Forderung nach A 9Z für die Mitarbeiter der Erbschaftsteuerstellen und für die Vollziehungsbeamten, über die generelle Zuordnung der Lohnsteuerprüfer zum gehobenen Dienst, bis hin zur Dienstpostenbewertung für Führungskräfte.

Eine Eingruppierung nach A 9Z der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Erbschaftsteuerstelle erscheint hierbei im Bereich des Möglichen zu sein!

Die **Durchlässigkeit der Laufbahnen** wurde ebenfalls diskutiert. Hier wertet es das MFW als Erfolg, dass in der Finanzverwaltung der Verwendungsaufstieg im mittleren Dienst und im gehobenen Dienst bei der Konzern-BP weiter möglich ist. Über den Aufstieg vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst mittels eines Master-Abschluss macht sich das MFW intensiv Gedanken. Hier vor allem über die Einbindung des Studiengangs „Master of Taxation“ in die Finanzverwaltung. Andere Master-Abschlüsse (z.B. Dipl. Betriebswirt, Dipl. Kaufmann) sollten nach Auffassung der DSTG ebenfalls zum Aufstieg berechtigen, hier sieht das MFW jedoch das Steuerbeamtenausbildungsgesetz (StBAG) als Hindernis!

Großen Raum nahmen die Themen „**KONSENS I**“, „**Arbeitsbelastung durch Stellenabbau**“, „**Arbeit zu den Menschen – Telearbeitsplätze**“ und „**Veranlagungsbegleitende Tätigkeiten**“ ein.

Die DSTG-Vertreter brachten ihre Verärgerung über KONSENS I deutlich zum Ausdruck. Eine zu langsame, zu unständliche, zu unübersichtliche und arbeitsergonomisch un-

mögliche EDV machen den Kolleginnen und Kollegen vor Ort das Arbeiten unnötig schwer.

Das MFW sieht erhebliche Schwierigkeiten, EDV-technische Veränderungen schnell und wirkungsvoll umzusetzen. Dies ist der Preis, den wir an ein bundeseinheitliches EDV-System zu zahlen haben. Dennoch sind Verbesserungen, auch wenn diese nur sehr schwerfällig machbar sind, zu erwarten. Ein Ausbau der EDV für die Zukunft ist auch aus Sicht des MFW zwingend notwendig. Das Risikomanagementsystem (RMS) wird als Instrument gesehen, die Arbeitskraft auf das Wesentliche zu bündeln und die Anzahl der Autofälle zu steigern.

Der Landesvorsitzende der DSTG, Klaus Becht, verwies in diesem Zusammenhang auf die **Sonderveröffentlichung** der DSTG „Vorschläge zum Umgang mit – nicht zur Behebung – der Misere im Veranlagungsbereich“.

Die Fachreferenten Harry Weber und Andi Hey stellten klar, dass auch dieses Papier kontrovers diskutiert werden kann und, was die DSTG auszeichnet, innerhalb der DSTG auch kontrovers diskutiert wird. **Oberste Priorität hat aus Sicht der Fachausschüsse, dass wir eine einwandfrei funktionierende EDV als Arbeitsmittel und genügend Personal zum gesetzesmäßigen Steuervollzug bekommen.**

Das MFW räumte ein, dass der **Stellenabbau in der Vergangenheit** in vielen Ressorts ohne Rücksicht auf die anfallenden Arbeiten vorgenommen wurde. Die Zusage der Landesregierung, die Finanzverwaltung um 500 Stellen aufzustocken, soll eingehalten werden.

Die **Altersabgänge** sollen 1:1 (!) ausgeglichen werden. Das MFW zeigt sich zuversichtlich, dass der geplante **Ausbildungskorridor** und andere Maßnahmen die Altersabgänge auffangen können, wozu u.a. der „optimale Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehört“ oder aber auch „die Option für Teilzeitkräfte, ihre Arbeitszeit aufzustocken“. Durch den Einsatz eines zentralen Servers (voraussichtlich Ende 2014) wird es möglich sein, Telearbeit anzubieten, wobei das MFW die Telearbeit als Heimarbeit ausbauen möchte.

Die DSTG sieht ein noch größeres Potential darin, ganze **Veranlagungen** in ein personell besser ausgestattetes Finanzamt zu **verlagern**. Damit könne die bessere Bewerberlage in den ländlichen Regionen ausgeschöpft werden, ohne die ausgebildeten Kräfte später in die Ballungszentren versetzen zu müssen.

Als sehr strittig angesehen wurde in diesem Zusammenhang auch das derzeitige **Personalmanagement** der OFD. Wohl werden zum 01.01. des Jahres die im vergangenen Jahr entstandenen Personal-Defizite in den Ämtern ausgeglichen, sie werden jedoch anschließend wieder mit Ihren personellen Problemen durch Pensionierungen, Krankheitsfälle und Schwangerschaften das Jahr über allein gelassen. Die Arbeit



dieser Kolleginnen und Kollegen muss durch die verbleibenden aufgefangen werden. Diese Zusatzbelastung wird sich in den kommenden Jahren durch die weiter steigende Zahl von Pensionierungen noch drastisch verstärken.

Das MFW erwägt, den Umfang der **veranlagungsbegleitenden Arbeiten** neu zu erheben. Es liegen ältere Untersuchungen vor, die man dann mit den aktuellen Ergebnissen vergleichen kann. Die Fachausschüsse tragen schon immer vor, dass die veranlagungsbegleitenden Arbeiten einen Großteil der gesamten Arbeitszeit ausmachen und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort immer mehr „blockieren“.

Auch die **aktuelle Beurteilungsrunde** wurde von den Vertretern der Fachausschüsse angesprochen. Hierbei wurde sehr deutlich das Unverständnis über eine allgemeine Absenkung des Beurteilungsniveaus zum Ausdruck gebracht. Gerade in Zeiten, wo die Rahmenbedingungen materieller Art äußerst schlecht sind (Stichworte: Geringschätzung statt Wertschätzung durch die Grün-Rote Landesregierung) und die Arbeitsbelastung immer mehr zunimmt, ist dies nach Überzeugung der DSTG das falsche Signal.

Das MFW ist der Auffassung, dass zum Beispiel eine Absenkung nach erfolgter Beförderung ein gerechtes und wirksames Mittel sei, ein bestimmtes Ranking einzuhalten und dadurch weniger „Überflieger“ zu bekommen. Auf persönliche Härtefälle könne der Endbeurteiler in eingeschränktem Maße reagieren. Da diese Konzept auf alle zu beurteilenden Beschäftigte Anwendung findet, sieht das MFW auch keine Gerechtigkeitsdefizite.



Auch wenn die Auffassungen über manche Themen doch sehr unterschiedlich waren, konnte man abschließend von einem gelungenen Gedankenaustausch sprechen. Ein aus Sicht der Fachausschüsse interessanter und kurzweiliger Nachmittag nahm nach ca. drei Stunden sein Ende.

**Vielleicht ist es den DSTG-Vertretern gelungen, die Gesprächspartner des MFW bei dem einen oder anderen Thema „mitzunehmen“!**

Wir bedanken uns bei Herrn Eisenmann und Frau Saling für ihre Geduld, mit der sie unseren Anliegen zugehört haben und das Angebot, jederzeit bzw. bei Bedarf weitere Gespräche zu führen!



Die Fachausschüsse mittlerer und gehobener Dienst mit den Gesprächspartnern Herrn Eisenmann (Fünfter von links) und Frau Saling (Dritte von rechts)